unter sehr günstigen Bedingungen für die Stadt angekauft wurde, um dem guten Schauspiel in Hannover die Wege zu ebnen und größere Einnahmen für die städtischen Bühnen zu erzielen.
Daß die sozialdemokratische Rathausfraktion die Bestrebungen der freien Volksbühne in jeder Weise unterstützt hat, ist allgemein bekannt und braucht nicht besonders erwähnt zu werden.

Die Eingemeindung Lindens

Eine besondere kommunale Tat war die Eingemeindung der Stadt Linden in den Stadtkreis Hannover. Seit dem Jahr 1884, als die damalige Dorfgemeinde Linden Stadtrechte erhielt, war die Frage der Eingemeindung Gegenstand öffentlicher Diskussionen und Verhandlungen gewesen. Die Eingemeindung war aber immer an dem Widerstand der Stadt Hannover gescheitert. Man wollte die Arbeiterstadt Linden nicht im Stadtgebiet Hannovers haben, weil man fürchtete, dadurch höhere soziale Ausgaben zu haben. Dagegen sah man gern, daß die Mehrzahl der Besitzer der großen industriellen Werke in Hannover wohnte und in Hannover Steuern zahlte. Erst den beiden sozialdemokratischen Fraktionen war es vorbehalten, diese Rückständigkeit zu beseitigen.
Die verfassunggebende Preußische Landesversammlung beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten, der von Oberbürgermeister Leinert, Hannover, begründet wurde, am 15. Dezember 1919: Die Stadtgemeinde und der Stadtkreis Linden werden mit Wirkung vom 1. Januar 1920 der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Hannover einverleibt.

Sozialdemokratische Worthalter

Zweimal konnte die sozialdemokratische Rathausfraktion den Worthalter stellen, bis 1924 war Ernst Andree einige Jahre Worthalter und von 1929 bis 1933 Wilhelm Weber, der schon vor 1929 sehr oft als stellvertretender Worthalter wegen der Unfähigkeit des bürgerlichen Worthalters die Verhandlungen geleitet hatte.

Nichtbestätigung von gewählten sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern

Als bei der Gemeindewahl am 17. November 1929 die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Mehrheit der Sitze im Bürgervorsteher-

kollegium erhalten hatte, faßte sie den Beschluß, die drei freien Stellen der besoldeten Senatoren und die freie Stelle des Bürgermeisters wieder zu besetzen. Es wurden zum Bürgermeister Georg Lindemann und zu Senatoren zwei auswärtige sozialdemokratische Kandidaten und Wilh. Weber gewählt. Die Wahlen wurden aber nicht bestätigt. Auch die dagegen eingelegten Beschwerden blieben erfolglos. Selbst der sozialdemokratische Minister Severing mußte zuungunsten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entscheiden weil in der, immer noch gültigen Hannoverschen Städteordnung vom 24. Juni 1858 die Bestimmung enthalten war, daß zu der Wahl von besoldeten Magistratsmitgliedern der Magistrat auffordern muß. Da aber der Magistrat in seiner bürgerlichen Mehrheit unter der Leitung von Oberbürgermeister Dr. Menge zu der Wahl nicht aufgefordert hatte, weil er gegen die Wahl von Sozialdemokraten war, wurden die Wahlen für ungültig erklärt.

In zwei von dem Vorstand des Ortsvereins Hannover der SPD 1924 und 1929 herausgegebenen Broschüren habe ich ausführlich über die hannoversche Kommunalpolitik und die Arbeit und Erfolge der sozialdemokratischen Bürgervorsteher und Magistratsmitglieder geschrieben. Nur wenige Parteimitglieder werden diese Broschüren noch im Besitz haben. Es ist mir heute nicht mehr möglich, alles noch einmal zu wiederholen. Es scheint auch nicht nötig zu sein, weil unsere kommunalpolitischen Belange jetzt ganz anders geartet sind. Was aber von historischem Interesse für uns sein kann, glaube ich erfaßt zu haben.